

## **BREMISCHE BÜRGERSCHAFT**

19. Wahlperiode

## **AUSSCHUSSPROTOKOLLE**

A/HaFA (Land)

3. Sitzung

09.10.15

### **Haushalts- und Finanzausschuss**

**(Land)**

3. Sitzung

am 9. Oktober 2015

im Haus der Bürgerschaft

Anwesend: Abg. Herr Dr. vom Bruch (CDU)  
Abg. Herr Bücking (Bündnis 90/Die Grünen)  
Abg. Herr Dr. Buhlert (FDP)  
Abg. Frau Dehne (SPD)  
Abg. Frau Dogan (Bündnis 90/Die Grünen)  
Abg. Herr Eckhoff (CDU), Vorsitzender  
Abg. Herr Gottschalk (SPD)  
Abg. Herr Güngör (SPD)  
Abg. Herr Prof. Dr. Hilz (FDP)  
Abg. Herr Hinnens (CDU)  
Abg. Herr Leidreiter (ALFA-Gruppe-Bremen)  
Abg. Herr Liess (SPD), stellv. Vorsitzender  
Abg. Herr Reinken (SPD)  
Abg. Herr Rupp (DIE LINKE)  
Abg. Frau Schierenbeck (Bündnis 90/Die Grünen)  
Abg. Herr Schmidt (SPD)  
Abg. Frau Tuchel (SPD)

außerdem sind anwesend:

Frau Holsten		von der Senatskanzlei
Herr Meyer-Stender		Vizepräsident des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen
Staatsrat Lühr	)	
Staatsrat Strehl	)	
Frau Bleiker	)	
Herr Fehren	)	
Frau Krause-Nicolai	)	
Herr Meyer	)	von der Senatorin für Finanzen
Frau Dr. Saebetzki	)	
Herr Schneider	)	
Herr Sommer	)	
Herr Trottnow	)	
Herr Voss	)	
Frau Moning		von der Senatorin für Bildung und Kinder
Herr Kindscher	)	vom Senator für Kultur
Herr Dr. Mackeben	)	
Herr Kahn	)	von der Senatorin für Soziales, Frauen, Jugend, Integration und Sport
Herr Rauscher	)	
Herr Armstroff	)	
Frau Blohm	)	vom Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen
Herr Ullrich	)	
Herr Wagener	)	
Herr Kommer		Grundstücksentwicklung Klinikum Bremen- Mitte GmbH & Co. KG (GEG)
Frau Neubauer		B.E.G.IN BremerExistenzGründungsINitiative
Herr Winsemann		vom Gesamtpersonalrat für das Land und die Stadtgemeinde Bremen
Frau Marx	)	von der FDP-Fraktion
Herr Reetz	)	
Herr Segelken	)	von der ALFA-Gruppe-Bremen
Herr Schellong	)	
Herr Castendiek		Praktikant bei der Bürgerschaftskanzlei
Herr Löffler		von der Bürgerschaftskanzlei/ Ausschussreferent

Abg. Herr Eckhoff eröffnet die Sitzung um 14.34 Uhr.

## Öffentlicher Teil

### I. Protokoll

#### 1. Protokoll der 2. Sitzung am 18. September 2015

Dieser Tagesordnungspunkt wurde ausgesetzt.

### II. Anträge und sonstige Initiativen aus der Bürgerschaft

#### 1. Überweisungen aus dem Plenum

- keine Vorlagen -

#### 2. Angelegenheiten aus dem Haushalts- und Finanzausschuss

##### 2.1 Auflistung der noch abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Haushalts- und Finanzausschüsse - Vorlage mit Stand der Sitzung vom 18. September 2015 -

**Abg. Herr Rupp** bittet unter Bezugnahme auf den Koalitionsvertrag, der in den kommenden Jahren auch einen Konsolidierungsbeitrag der breminischen Beteiligungen von jährlich 1,5 Prozent vorsehe, um einen Bericht zur November-Sitzung des Ausschusses, welche konkreten Beteiligungen Bremens von diesen Einsparmaßnahmen betroffen seien.

**Abg. Herr Eckhoff** bittet, zukünftig die Vorlage zu Fristverlängerungen für Berichtsbitten im Zusammenhang mit der Auftragsliste zu behandeln.

**Abg. Herr Liess** bittet unter Bezugnahme auf Ziffer 7 a der Auftragsliste, die Berichterstattung über die finanzielle Situation der Gesundheit Nord auf eine zweimonatige Berichterstattung umzustellen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt die Liste zur Kenntnis und schließt sich der Berichtsbitte des Abgeordneten Herrn Rupp und dem Änderungsvorschlag des Abgeordneten Herrn Liess an.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) bittet die Senatorin für Finanzen, die Ressorts auf die Erledigung der noch ausstehenden aber bereits aktuellen Berichtsaufträge dringlich hinzuweisen.

### 3. Sonstiges

#### 3.1 Vorbereitung der Haushaltsberatungen 2016/2017 Wahl der Berichterstatte(r)innen und Berichterstatte(r) für die Produktpläne - Vorlage: Auflistung der Produktpläne der Bereiche und Ressortbereiche -

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) beschließt die als **Anlage 1** zum Protokoll beigefügte Liste der Berichterstatte(r)innen und Berichterstatte(r) für die Haushaltsberatungen 2016/2017.

#### 3.2 Termine 2016 - Vorlage vom 29. September 2015 -

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) beschließt die Sitzungstermine für das Kalenderjahr 2016 entsprechend der Vorlage mit der Maßgabe, dass die Februarsitzung 2016 nicht am 19. Februar sondern abweichend am 17. Februar 2016 stattfindet.

### III. Initiativen des Senats

#### 1. Gesetze/Ortsgesetze, Steuern etc.

##### 1.1 Fünfte Verordnung zur Änderung der Kostenverordnung Bau - Vorlage 19/30 L -

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt einstimmig der Fünften Verordnung zur Änderung der Kostenverordnung Bau zu.

#### 2. (Controlling-) Berichte

##### 2.1 Controllingbericht Produktgruppenhaushalt Januar - Juni 2015 - Vorlage 19/10 L -

Auf Nachfrage des Abgeordneten Herrn Prof. Dr. Hiltz erläutert **Herr Trottnow**, dass ein Sanierungsbedarf bei der Landesvertretung in Berlin - insbesondere wegen eines Fassadenschadens - bestehe, der im Inneren des Gebäudes zu einer Schimmelentwicklung geführt habe. Darüber hinaus sei auch beabsichtigt, die IT-Technik und Gästezimmer der Landesvertretung zu erneuern.

**Abg. Herr Rupp** bittet um Angabe eines Zeitplanes und der Inhalte zum angekündigten Nachtragshaushalt für das Haushaltsjahr 2015. Darüber hinaus vertritt er die Auffassung, dass bereits im Rahmen der Debatte über den Controllingbericht des Produktgruppenhaushalts Januar bis Juni 2015 auch die Auskömmlichkeit der vom Senat beschlossenen Eckwerte für die Haushalte 2016/2017 zu problematisieren sei.

**Herr Schneider** antwortet, der Senat werde den Entwurf eines Nachtragshaushalts für das Haushaltsjahr 2015 zur November-Sitzung in die Bremische Bürgerschaft einbringen. Die 1. Lesung könne dann bereits in der November-Sitzung einhergehend mit einer Überweisung des Gesetzentwurfs an den Haushalts- und Finanzausschuss erfolgen. Eine 2. Lesung müsse dann spätestens in der Dezember-Sitzung der Bremischen Bürgerschaft durchgeführt werden. Wesentlicher Inhalt des Nachtragshaushalts sei die Finanzierung der Aufwendungen für Flüchtlinge und die beginnende Bereitstellung eines Verpflichtungsermächtigungsvolumens für die beabsichtigte Beschaffung von neuen Straßenbahnen.

**Abg. Herr Eckhoff** erklärt, er gehe nicht davon aus, dass sich der Nachtragshaushalt nur mit der Finanzierung der Aufwendungen für Flüchtlinge beziehungsweise einer Straßenbahnbeschaffung befasse, sondern weitere, auch durch den Controllingbericht deutlich gewordene Haushaltsrisiken beziehungsweise -probleme lösen müsse. Des Weiteren bittet er zu beachten, dass der Eckwertebeschluss für die Haushaltsjahre 2016/2017 grundsätzlich nichts mit dem Controllingbericht für das laufende Haushaltsjahr zu tun habe. Hierbei handele es sich vielmehr um einen Teil des Haushaltsaufstellungsverfahrens, der allein in der Verantwortung des Senats liege.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt den Controllingbericht Produktgruppenhaushalt Januar bis Juni 2015 zur Kenntnis.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt einstimmig zur Deckung der Mehrausgaben aufgrund des TV-L Abschlusses 2015 und der Besoldungs-/Versorgungsanpassung der vorgeschlagenen Verwendung der zentral im Haushalt 2015 eingestellten Vorsorgemittel im Personal- und Sachhaushalt in Höhe von 17,18 Mio. € zu und ermächtigt die Senatorin für Finanzen zur haushaltstechnischen Umsetzung.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt einstimmig zur der Deckung der Mehrausgaben durch den TVÖD Abschluss 2014/2015 der vorgeschlagenen Verwendung der zentral im Haushalt 2015 eingestellten Vorsorgemittel im Personal- und Sachhaushalt in Höhe von 6,1 Mio. € zu und ermächtigt die Senatorin für Finanzen zur haushaltstechnischen Umsetzung.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt der vom Senator für Kultur vorgeschlagenen haushaltsneutralen Auflösung der veranschlagten globalen konsumtiven Minderausgabe in Höhe von 1,2 Mio. € durch Heranziehung der global veranschlagten investiven Mehrausgabe zu.

## **2.2 Bericht über die Entwicklung der Sozialleistungen 2015**

hier:

- 1. Bericht Sozialleistungen Januar bis Juni 2015 einschließlich Hochschätzung (Stand Juni 2015)**
  - 2. Aufhebung von Sperrern im Haushalt der Sozialleistungen**
  - 3. Sicherstellung des weiteren Haushaltsvollzugs bis zur Beschlussfassung über einen Nachtragshaushalt**
- Vorlage 19/31 L -**

**Abg. Herr Hinners** fragt, welche Flüchtlingszahlen für die in der Vorlage dargestellte Kostenprognose für das Gesamtjahr 2015 zugrunde gelegt worden sind.

**Abg. Herr vom Bruch** bittet zur Dezember-Sitzung des Ausschusses, die Entwicklung der Sozialleistungen in den letzten zehn Jahren darzustellen.

**Abg. Herr Rupp** erklärt, der Vorlage könne entnommen werden, dass die Sozialkosten durchschnittlich pro Jahr um vier Prozent steigen. Die mittelfristige Finanzplanung gehe jedoch nur von jährlichen Steigerungsraten von etwa 1,9 Prozent aus. Er bittet, diese Differenz zu erklären.

**Abg. Herr Leidreiter** bittet um Darstellung der sogenannten Duldungskosten für Asylbewerber, bei denen ein Asylstatus abgelehnt, aber bis zum heutigen Tage keine Abschiebung vollzogen wurde. Er bittet, diese Kosten ins Verhältnis zu den Kosten für anerkannte Asylbewerber zu setzen.

**Herr Rauscher** antwortet, die in der Vorlage dargestellte Kostenprognose beruhe noch auf den Anfang bis Mitte 2015 prognostizierten Flüchtlingszahlen von jährlich circa 500.000. Diese Zahl habe sich zwischenzeitlich

überholt. Gegenwärtig erarbeite das Ressort deshalb eine aktuelle Kostenprognose. Die Fragestellung des Abgeordneten Herrn Leidreiter werde das Ressort als Anlage (**Anlage 2**) zum Protokoll beantworten.

**Herr Schneider** ergänzt, dass prognostizierte Kostensteigerungen bei den Sozialleistungen im Hinblick auf die unterschiedliche Handhabung von Leistungsgewährungen zwischen den einzelnen zuständigen Ämtern kritisch zu hinterfragen seien. Der Senat und insbesondere das Fachressort stehen hier in der Verantwortung, Lösungen aufzuzeigen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt den Bericht über die Entwicklung der Sozialleistungen Januar bis Juni 2015 einschließlich der Hochschätzung (Stand Juni 2015) zur Kenntnis.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) beschließt einstimmig die Aufhebung der Sperrungen bei 0410/973 10-3 „Globale Mehrausgaben Sozialleistungen“ und 3412/973 10-0 „Globale Mehrausgaben Sozialleistungen“ i. H. v. jeweils 5,0 Mio. Euro sowie bei 3471/973 10-8 „Globale Mehrausgaben Asyl“ im Haushalt der Sozialleistungen i. H. v. 7,6 Mio. Euro.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt zur Kenntnis, dass die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport die notwendige gesetzliche Aufgabenwahrnehmung im Bereich der Sozialleistungen fortführt. Die daraus resultierenden haushaltsmäßigen Bedarfe 2015, die nicht mehr im Bestandsbudget der Haushalte L+G Bremen abgedeckt werden können, sollen im Nachtragshaushalt 2015 durch die Senatorin für Finanzen dargestellt werden.

**2.3 Produktgruppe 93.01.07 Verwaltung und Infrastruktur  
30/20 Mio. €- Programm „Umbau der Verwaltung und Infrastruktur“ (UVI)  
hier: Bericht über die Berücksichtigung der UVI-Einspareffekte bei der  
Eckwertaufstellung  
- Berichtsbitte Nr. 6 der Auftragsliste -  
- Vorlage 19/32 L -**

Auf Nachfrage des Abgeordneten Herrn Prof. Dr. Hilz erklärt **Frau Dr. Saebetzki**, dass das Programm „Umbau der Verwaltung und Infrastruktur“ zu einer Gesamteinsparung von etwa 67 Millionen Euro führen werde. Dabei müsse jedoch beachtet werden, dass die Vorlage keine Aussage zur Höhe der Personaleinsparungen treffe, sondern lediglich die neben den pro-

grammbezogenen Personaleinsparungen erzielten positiven Effekte aufzeige.

**Abg. Herr Rupp** bittet für die zukünftige Berichterstattung, die in der Vorlage verwendeten Abkürzungen im Rahmen einer Legende konkret zu bezeichnen und darüber hinaus die Vorlage um Gesamtsummenangaben für die einzelnen Haushaltsjahre zu ergänzen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt die Berücksichtigung der UVI-Einspareffekte bei der Eckwertaufstellung 2016/2017 zur Kenntnis.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) bittet die Senatorin für Finanzen, einen abschließenden Bericht zum Projekt „Roter Sand“ nach der Sommerpause 2016 vorzulegen.

#### **2.4 Bericht über die sonstigen Sondervermögen der Freien Hansestadt Bremen zum 30.06.2015 - Vorlage 19/38 L -**

**Staatsrat Strehl** bittet um Beachtung der Ziffer 2 des Beschlussvorschlags in der Senatsvorlage. Der Senat habe insoweit Maßnahmen zur Verbesserung der Transparenz des Sondervermögens Controlling beschlossen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt den Bericht über die sonstigen Sondervermögen der Freien Hansestadt Bremen zum 30. Juni 2015 zur Kenntnis.

#### **2.5 Fristverlängerung für Berichtsbitten - Vorlage 19/33 L -**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt der Fristverlängerung für Berichtsbitten mit der Maßgabe zu, dass zukünftig für die lfd. Nr. 7 a der Auftragsliste, Berichterstattung über die finanzielle Situation der Gesundheit Nord, eine zweimonatige Berichterstattung erfolgt.



- 2.6 Bremische Befragung zur Beschäftigtenstruktur und zum Migrationshintergrund**  
**hier: Bericht über die hohe Anzahl befristeter Arbeitsverhältnisse von Beschäftigten mit Migrationshintergrund**  
**- Berichtsbitte Nr. 22 der Auftragsliste -**  
**- Vorlage 19/34 L -**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt den Bericht zur Kenntnis.

- 3. Angelegenheiten der Eigengesellschaften, Eigenbetriebe, sonstigen Sondervermögen und Museumsstiftungen, allgemeine Vermögensangelegenheiten**

- keine Vorlagen -

- 4. Vollzug der Haushalte**  
**Nachbewilligungen, Verpflichtungsermächtigungen, Sperrenaufhebungen, sonstige Vollzugsangelegenheiten**

- 4.1 Gründungsstrategie für das Land Bremen**  
**Fortführung der BremerExistenzGründungsInitiative B.E.G.IN 2016/2017 (EFRE-Programm 2014 - 2020)**  
**Erteilung einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung**  
**- Vorlage 19/35 L -**

Auf Nachfrage des Abgeordneten Herrn Rupp erklärt **Herr Ullrich**, dass die BremerExistenzGründungsInitiative B.E.G.IN. erst ab dem Jahre 2016 einer EFRE-Förderung unterliege. In den Jahren 2014 und 2015 sei diese Initiative ausschließlich mit Landesmitteln finanziert worden.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt die Deputationsvorlage zur Fortführung der BremerExistenzGründungsInitiative B.E.G.IN für die Jahre 2016 und 2017 und die beabsichtigte Finanzierung zur Kenntnis.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt einstimmig der Erteilung einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung bei der Haushaltsstelle 0704/685 10-6 „Mittelstands- und Existenzgründungsoffensiven“ in Höhe von insgesamt 1.830.000 Euro zu. Zum Ausgleich wird die bei der Haushaltsstelle 0709/686 56-9 veranschlagte VE in Höhe von 1.830.000 Euro insoweit nicht in Anspruch genommen. Die Abdeckung der beantragten VE erfolgt in den Jahren 2016 und in 2017 jeweils in Höhe von 915.000 Euro aus entsprechenden Barmitteln des SWAH.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) bittet das Ressort Anfang 2016 um einen Bericht, aus dem hervorgeht, wie viele Gründungsberatungen, tragfähige Grün-

dungsvorhaben und durchgeführte Qualifizierungsveranstaltungen in 2014 und 2015 stattgefunden haben.

**4.2 Anmietung neuer Verwaltungsstandorte im Rahmen des Dritten Sofortprogramms zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen  
- Vorlage 19/42 L -**

**Abg. Herr Eckhoff** führt aus, dass sich die CDU-Fraktion bei der Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt enthalten werde. Für seine Fraktion sei auf Grundlage der Vorlage nicht erkennbar, ob tatsächlich ein Anmietungsbedarf im beschriebenen Umfang und insbesondere auch für die vorgesehenen langen Laufzeiten bestehe.

**Abg. Herr Leidreiter** kritisiert die Höhe der bislang ausgehandelten Miete für das Objekt Breitenweg 29 - 33. Ein Quadratmeterpreis von circa 9,80 Euro sei für diese Lage viel zu hoch.

**Herr Rauscher** entgegnet, der bislang ausgehandelte Mietpreis berücksichtige auch umfangreiche Umbaumaßnahmen des Vermieters, die für die Nutzung des Objektes zwingend erforderlich seien.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, von Bündnis 90/Die Grünen und der FDP sowie der Stimme des Abgeordneten Herrn Rupp (DIE LINKE) bei Enthaltung der Ausschussmitglieder der Fraktion der CDU und gegen die Stimme des Abgeordneten Herrn Leidreiter (ALFA-Gruppe-Bremen) der Erteilung der in der Anlage zur Vorlage 19/42 L beigefügten VE-Anträge zu und ermächtigt die Senatorin für Finanzen zur haushaltstechnischen Umsetzung.

**4.3 Mehrbedarfe für gesetzlich notwendige Aufgaben im Produktplan  
Arbeit für das Haushaltsjahr 2015  
Nachbewilligungen in Höhe von insgesamt 1.100.000 Euro  
- Vorlage 19/43 L -**

Auf Nachfrage der Abgeordneten Herrn Rupp und Herrn Liess erklärt **Herr Armstrott**, dass für die in der Vorlage dargestellten Mehrbedarfe eine gesetzliche Leistungspflicht bestehe. Hierbei handele es sich um jährlich wiederkehrende, kontinuierlich steigende Beträge.

**Abg. Herr Rupp** fragt nach einer Kostenentwicklung für die nächsten Jahre.

**Herr Armstroff** antwortet, dass bereits eine Prognose der Kosten für das nächste und übernächste Haushaltsjahr erarbeitet worden sei und er diese Prognose als Anlage (**Anlage 3**) zum Protokoll nachreichen werde.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, von Bündnis 90/Die Grünen, der FDP, der Stimme des Abgeordneten Herrn Rupp (DIE LINKE) sowie der Stimme des Abgeordneten Herrn Leidreiter (ALFA-Gruppe-Bremen) bei Enthaltung der Ausschussmitglieder der Fraktion der CDU den in der Anlage 2 zur Vorlage 19/43 L beigefügten Nachbewilligungsanträgen in Höhe von insgesamt 1.100 Tsd. Euro zu und ermächtigt die Senatorin für Finanzen zur haushaltstechnischen Umsetzung.

## 5. Personalhaushalt/Stellenplan

### 5.1 Bericht über die Ergebnisse des Konzeptes „Optimierung der Verkehrsüberwachung“ - Vorlage 19/36 L -

**Abg. Herr Rupp** fragt, ob technische Mängel an den Messeinrichtungen zwischenzeitlich behoben seien.

**Frau Odenkirchen** antwortet, dass grundsätzlich technische Mängel an den Messanlagen nicht bestehen. Es habe allerdings zeitliche Verzögerungen insbesondere bei der Inbetriebnahme der stationären Anlage an der Autobahn 1 und der Neubeschaffung eines mobilen Messfahrzeugs gegeben. Letzteres werde entgegen der Angabe in der Vorlage nicht im Oktober, sondern erst im November 2015 in Betrieb genommen werden können. Des Weiteren zeige insbesondere die stationäre Anlage an der Autobahn 1, dass die grundsätzlichen Einnahmeprognosen des Innenressorts auf diese Anlage zutreffend seien.

**Abg. Herr Prof. Dr. Hilz** betont, die Verkehrsüberwachung solle grundsätzlich allein der Verkehrssicherheit und nicht der Haushaltssanierung dienen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt den Bericht des Senators für Inneres zur Kenntnis.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) bittet den Senator für Inneres, im 1. Quartal 2016 einen erneuten Sachstandsbericht auf Basis aktueller empirischer Daten zur Umsetzung des Verkehrsüberwachungskonzepts vorzulegen sowie die Wirtschaftlichkeit der Maßnahmen aufgrund der Abweichung zum ursprünglichen Konzept zu überprüfen und neu zu bewerten.

## 5.2 Personalbericht 2015

**hier: Jahresbericht zur Personalstruktur und zu den Personalausgaben mit den Daten der Jahre 2013 und 2014**  
**- Vorlage 19/41 L -**

**Herr Winsemann** führt aus, der Personalrat kritisiere die im Personalbericht 2015 enthaltene Feststellung, dass gerade durch den Personalabbau in der bremischen Verwaltung eine sehr hohe Effizienz der Aufgabenerfüllung erreicht worden sei. Diese Feststellung sei in der Sache unzutreffend und übersehe die Tatsache, dass der Personalabbau in der Verwaltung die Arbeitsfähigkeit einzelner Bereiche erheblich geschwächt habe.

**Frau Dr. Saebetzki** erwidert, dass eine Effizienz der Aufgabenerfüllung selbstverständlich nicht allein durch einen Personalabbau erreicht werden könne. Die Argumentation des Gesamtpersonalrats übersehe insbesondere die erfolgreich durchgeführten Programme des Senats zur Verwaltungsmodernisierung sowie die grundsätzlich nach wie vor bestehenden technischen Fortschritte, durch die Effizienzen geschaffen werden.

Auf Nachfrage des Abgeordneten Herrn Hinners erläutert **Herr Sommer**, dass die Erhöhung der Personalausgaben insbesondere in den Sonderhaushalten und Eigenbetrieben auf einen Personalzuwachs in diesen Bereichen beruhe. Insbesondere für den Bereich der Hochschulen habe die Einwerbung von Drittmitteln auch zu einem Zuwachs des Personalbestands geführt. Ein weiterer Grund für diesen Personalzuwachs sei im Übrigen auch der KiTa-Ausbau. Eine genaue Ursachendarstellung für die Erhöhung der Personalkosten bei den Ausgliederungen werde er als Anlage zum Protokoll (**Anlage 4**) nachreichen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt den Personalbericht 2015, Jahresbericht zur Personalstruktur und den Personalausgaben mit den Daten der Jahre 2013 und 2014, sowie die gesonderte Darstellung der Fluktuation nach Personalgruppen zur Kenntnis.

**6. Bürgerschafts- und Grundstücksangelegenheiten, Sondervermögen Immobilien und Technik**

6.1 entfällt

**7. Sonstiges**

- keine Vorlagen -

**IV. Verschiedenes**

**1. Beförderungstermin 2016**

Auf Nachfrage des Abgeordneten Herrn Rupp zum beabsichtigten Umgang mit anstehenden Beförderungen zum einheitlichen Beförderungstermin 2016 führt **Frau Dr. Saebetzki** aus, dass grundsätzlich die ab dem 1.1.2016 eintretende haushaltslose Zeit Beförderungen rechtlich unmöglich mache. Der Senat habe aus diesem Grunde überlegt, den einheitlichen Beförderungstermin auf den 1. Dezember 2015 vorzuverlegen, sich aber in Anbetracht der gegenwärtig geltenden Haushaltssperre gegen diese Möglichkeit entschieden. Stattdessen erfolge nunmehr zum 1.1.2016 lediglich eine Auswahlentscheidung für die Beamten und Beamtinnen, für die im Haushaltsjahr 2016 eine Beförderung erfolgen soll. Die Beförderung als solche erfolge dann zum 1. Juli 2016, soweit zu diesem Zeitpunkt der Doppelhaushalt 2016/2017 durch die Bürgerschaft beschlossen worden ist. Sollte dies zu diesem Termin nicht der Fall sein, erfolgt die Aushändigung der Urkunden entsprechend später.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt Kenntnis.

(Schluss des öffentlichen Teils um 15.41 Uhr.)

**Nicht öffentlicher Teil**

Abg. Herr Eckhoff eröffnet den nicht öffentlichen Teil der Sitzung um 16.11 Uhr.

**III. Initiativen des Senats**

**2. (Controlling-) Berichte**

**IV. Verschiedenes**

- keine Vorlagen -

(Schluss der Sitzung 16.30 Uhr)

gez. Jens Eckhoff

Ausschussvorsitzender